



## Resolutioun

### ***Verstänneg wuessen, éierbar wunnen – eis Zukunft fänkt haut un***

Die luxemburgische Wirtschaft kennt seit Jahrzehnten ein konstant hohes Wachstum. Ein Wachstum, das Staatseinnahmen und Wohlstand gemehrt hat – aber auch eines, das unser Staats- und Gemeinwesen an Grenzen führt. Die Überhitzung des Immobilienmarktes, die chronische Überlastung unserer Transportinfrastruktur, die Wartezeiten in den Krankenhäusern sowie bei medizinischen Untersuchungen und Behandlungen, der Mangel an sozialen Infrastrukturen, all dies sind Symptome einer durch Wachstum und vom Wachstum überforderten Gesellschaft. Bezeichnend dafür ist auch, dass wir in Luxemburg weltweit den größten ökologischen Fußabdruck hinterlassen und jedes Jahr bereits im Februar auf „Ökopump“ zu Lasten der nächsten Generationen sowie dem Rest der Welt leben. Luxemburg braucht demnach dringend eine ehrliche Debatte über Wachstum, und Wohlstand, über Allgemeinwohl und Nachhaltigkeit.

Die Aufgabe der politischen Opposition ist die Formulierung dringend benötigter politischer Ansätze, besonders wenn diese von der Regierung nicht geliefert werden. **So übernimmt die CSV Verantwortung für die Beschreibung eines nachhaltig gangbaren Zukunftsweges für Luxemburg.** Wir wollen verstärkt auf Verbesserung der Lebensqualität und nicht auf reines Wirtschaftswachstum setzen. Wir wollen eine nachhaltige soziale Marktwirtschaft, indem wir der Wirtschaft klarere Spielregeln und einen ethischen Rahmen geben. Dies ist für uns als Christlich-Soziale Volkspartei eine absolute Notwendigkeit.

Die Umwelt- und Klimaverträglichkeit des luxemburgischen Gesellschaftsmodells ist eine besondere Herausforderung. Luxemburg schafft es, trotz jahrelanger Regierungsbeteiligung der Grünen seit 2013, nicht annähernd, seine selbst gesteckten Klimaziele zu erreichen. Weder bei der Emissionsreduzierung, noch beim Anteil der erneuerbar produzierten Energie. Nachhaltigkeit sieht anders aus. Zwischen rhetorischem Anspruch der Regierenden und der Wirklichkeit im Land klafft eine enorme Lücke.

Die kommenden Jahre müssen dazu genutzt werden, die Nachhaltigkeit des luxemburgischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells zu sichern. **Wer verhindern will, dass wir es zukünftig mit über einer Million Einwohner und einer halben Million Grenzgänger – von denen sehr viele Luxemburger sein werden, die sich das Leben im Land nicht mehr leisten können – zu tun haben werden, muss jetzt handeln.** Die Zeit für eine klare Steuerung und Orientierung der Entwicklung Luxemburgs ist definitiv gekommen.

## Kein Wachstum ohne Sinn

Ein wirtschaftliches Wachstum, aufbauend auf Innovation und Erneuerung, muss jedoch vor allem den Zweck erfüllen, den Menschen ein lebenswertes Umfeld zu schaffen, respektive zu erhalten.

Wachstum muss einen Sinn haben, so wie unser Leben einen Sinn hat. Dieser kann sich nicht darauf reduzieren, jedes Jahr länger im Stau zu stehen, überbesetzte öffentliche Transportmittel nutzen zu müssen, und darüber hinaus bis weit über den Renteneintritt hinein an der Finanzierung eines eigenen Zuhauses arbeiten zu müssen. Es macht auch keinen Sinn, jedes Jahr weit über 10.000 neue Arbeitsplätze in einem Land zu schaffen, das diese schon lange nicht mehr besetzen kann, und Tausende weitere Einwohner und Grenzgänger pro Jahr aufzunehmen, ohne über entsprechende Infrastrukturen zu verfügen. **Wachstum um seiner selbst willen macht unsere Gesellschaft mittelfristig kaputt.**

**Die CSV will eine andere Zukunft für Luxemburg. Eine, in der Wachstum den Menschen dient, aber nicht immer mehr Menschen erforderlich sind, um Wachstum zu sichern. Die CSV will ein ethisches Wirtschaftsmodell, welches den Vorrang des Menschen und des Gemeinwohls vor reinen Wirtschaftsinteressen garantiert.**

## Sinnvolles Wachstum für die Menschen

Das Wachstum der vergangenen Jahre war im Wesentlichen von demografischen Konsequenzen begleitet, während die Produktivität kaum anstieg. **Ein derart schnelles Weiterwachsen der Bevölkerung, das uns binnen einer Generation eine Million Einwohner bescheren wird, lehnt die CSV ab. Die Auswirkungen dieses rasanten Wachstums wären verheerend, da weder der Ausbau der Infrastrukturen noch die soziale Sicherheit des Landes diesem Rhythmus weiter folgen können.**

Das Wachstum der Zukunft muss ein Wachstum für die Menschen sein. Eines, das Produktivität erhöht und Arbeitszeiten und -rhythmen beinhaltet, die der persönlichen Lebensplanung Rechnung tragen. Eines, das nicht nur über das Bruttoinlandsprodukt, sondern auch über andere Indikatoren gemessen wird. Eines, das sich demnach nicht nur auf rein finanzielle und quantitative Zahlenwerke beschränkt, sondern auch qualitativen Gemeinwohlwerten gerecht werden muss: Menschenwürde, Solidarität, Gesundheit, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und demokratische Mitbestimmung. Wir brauchen ein Wachstum, das in jenen Wirtschaftszweigen wirkt, die expandieren sollen, und nicht mechanisch in allen Beschäftigungssektoren die Zahlen anschwellen lässt. Ein Wachstum, das unser Land an die Spitze des technologischen Fortschritts bringt, anstatt die Nachhaltigkeit unseres Gemeinwesens in Zukunft unmöglich zu machen. Eines, dessen Auswirkungen wir in die Großregion projizieren wollen, **dadurch, dass gezielt Betriebsansiedlungen außerhalb unserer Landesgrenzen bewirkt und in gemeinsam mit dem jeweiligen Nachbarland oder der Region eingerichteten und verwalteten Wirtschaftszonen Arbeitsplätze geschaffen werden, so dass Menschen dort näher an ihrem Heimatort beschäftigt werden können.**

Eine Oppositionspartei verfügt nicht über die Mittel und Ressourcen, die zukünftige wünschenswerte Wachstumsdynamik präzise zu berechnen und zu beschreiben. Wir fordern daher die Regierung auf, sich endlich auf eine ernsthafte gesellschaftliche Diskussion über Wachstum und Nachhaltigkeit einzulassen.

Anstatt endloses “weiter so” wünscht sich die CSV, dass es möglich sein muss, gemeinsam zu ermitteln, welches Land wir in einer und in zwei Generationen wollen. **Welche Siedlungsräume wir zusätzlich erschließen wollen, welche Wirtschaft wir uns vorstellen, wie Arbeit, Produktivität, Löhne und Renten und generell die vom Staatshaushalt organisierten Umverteilungsmechanismen in Zukunft miteinander verzahnt sein sollen – all dies soll Gegenstand einer veritablen Zukunftsdebatte werden.**

Ein solcher Paradigmenwechsel beim Wachstum erfordert einschneidendes politisches Handeln. Steuerpolitisch, in der Raumplanung, bei Betriebsgenehmigungen: es wird überall notwendig sein, die wirtschaftliche Entwicklung, im Sinne des Allgemeinwohls, in Richtung eines nachhaltigen Wachstums zu orientieren.

Durch eine gezieltere Steuerungs- und Wachstumspolitik, ausgerichtet auf die Schlüsselbranchen des Luxemburger Standorts, soll auch das demografische Wachstum in der Zukunft abgebremst werden damit weniger Druck auf unsere Gesellschaft, unseren Wohnungsmarkt und die öffentliche Verkehrssituation ausgeübt wird und dadurch wiederum mehr Zeit bleibt die benötigten Infrastrukturarbeiten durchzuführen.

### **Nachhaltige Zukunft – Klimaneutralität für Luxemburg**

Dass das Klima sich verändert, stellt wohl niemand mehr infrage. Jetzt kommt es darauf an, dass die Menschheit ihr Verhalten so ändert, dass dieses nicht mehr ursächlich zur weiteren Erhöhung der Temperaturen beiträgt. **Menschliches Handeln muss derart verändert werden, dass wir, in weniger als einer Generation, nicht mehr durch die Treibhausgasemissionen zur Erderwärmung beitragen.** Diese Anstrengung soll in Luxemburg zu technologischem Fortschritt und einer spürbaren Erhöhung der Lebensqualität führen.

Die CSV will, dass die Klimaneutralität unseres Gemeinwesens in der Verfassung als Staatsziel **verankert wird.** Der Anspruch, den wir erheben, ist es, unsere Wirtschaft und Gesellschaft in die Lage zu versetzen, ihre Klimaschädlichkeit so weitgehend zu reduzieren, dass von ihnen kein negativer Impakt auf das Klima mehr ausgeht. Ein solcher Anspruch muss an der höchsten gesetzlichen Stelle festgeschrieben sein, über die wir verfügen: die Verfassung des Landes.

Wir sind der Überzeugung, dass CO<sub>2</sub>-Emissionen umgehend radikal verringert werden müssen und mittelfristig weitgehend auf Null gebracht werden müssen Dies bedeutet für die Wirtschaft und die Menschen, dass wir gemeinsam diese Aufgabe erledigen müssen, ohne dass es zu wirtschaftlicher Lähmung oder zu sozialer Fraktur kommt. Jene Wirtschaftszweige, die nicht ohne Emissionen funktionieren können, werden nicht stranguliert, sondern ihnen wird Unterstützung angeboten, um Reduzierungen der Emissionen zu erreichen und die verbleibenden Emissionen zu kompensieren. **Klimaneutralität des Gemeinwesens bedeutet nicht, dass niemand mehr CO<sub>2</sub> und sonstige Klimagase emittieren darf.** Dies bedeutet, dass die nationalen Gesamtemissionen drastisch reduziert werden, dass jene, die übrig bleiben, keinen negativen Impakt mehr auf das Klima haben. Auch die Emissionsbindung, zum Beispiel durch moderne Agrarpraktiken und Forstwirtschaft, trägt zum Erreichen dieses Ziels bei – ein Bereich, in dem Luxemburg und seine Nachbarländer zusammen ein großregionales Exzellenzzentrum für Forschung und Entwicklung werden könnten.

Die CSV setzt in der Mobilität resolut auf alternative Energiequellen: Fossile Energiequellen müssen durch regenerative ersetzt werden. Dazu gehört selbstverständlich die konsequente Förderung jener Formen der Fortbewegung, die überhaupt keine Emissionen mit sich bringen. **Landesweit sollen ausreichend Radwege entstehen, grundsätzlich sollten solche Wege entlang neuer Straßen und im urbanen Raum flächendeckend geschaffen werden.** Eine Kultur des Radfahrens und des Zu-Fuß-Gehens, wie sie in vielen Ländern bereits existiert, soll auch in Luxemburg entstehen. Und zwar nicht, indem wir konsequent den Raum für motorisierte Mobilität einengen, sondern **indem wir zusätzlichen Raum für Mobilität erschließen.**

Der öffentliche Transport wird zukünftig seine Benutzer zwar nichts mehr kosten, deshalb jedoch weiterhin bei weitem nicht überall ausreichend zur Verfügung stehen. So werden viele Menschen dieses gratis Angebot nicht nutzen können. Deshalb fordert die CSV, dass das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel im ländlichen Raum erheblich verbessert wird. Darüber hinaus sollte es Buslinien um die Hauptstadt und die anderen größeren Zentren im Land geben, um Stadtzentren zu meiden.

Grundsätzlich muss die **Kreislaufwirtschaft**, als Modell, bei dem Materialien und Produkte möglichst lang wiederverwendet, repariert und recycelt werden, gefördert werden, um den **Lebenszyklus der Produkte zu verlängern und Abfälle auf ein Minimum zu reduzieren.**

Die Regierung kann durch gezielte Bildungsprogramme das Bewusstsein der Schüler zum Thema Umwelt erweitern. Wenn wir wollen, dass die folgenden Generationen sich den Klima- und Umweltherausforderungen stellen, müssen wir sie mit einem hohen Maß an Wissen – einem Bezug zur Natur, Grundsätze der Nachhaltigkeit und einem hohen Grad an Umweltbildung – ausstatten.

Erwachsene müssen ebenfalls über Informationskampagnen oder Sensibilisierungsprogramme erreicht werden, in denen die Politik gezielt informiert und gegebenenfalls Alternativen vorschlägt (z.B.: weniger Abfall durch bewussteres Einkaufen).

## **Wasserstoffwirtschaft**

Auch im Energiebereich sind die Zeiten der „Monokulturen“ vorbei – nur Elektroenergie ist nicht die Lösung! Gerade bei öffentlichen Transportmitteln, bei LKW, bei Zügen und Bussen aber auch in der Schifffahrt, sollte die Brennstoffzellentechnologie mit Wasserstoff als Treibstoff vermehrt zur Anwendung kommen.

Die CSV kann nicht nachvollziehen, dass die luxemburgische Regierung auf europäischer Ebene die Wasserstoffinitiative, die von der österreichischen Ratspräsidentschaft aufgelegt worden war, eher blockiert als fördert. Die CSV plädiert deswegen für eine staatlich geförderte konsequente Förderung der Forschung und Entwicklungsarbeit in der Brennstoffzellentechnologie. Bei der Emissionsbefreiung der Mobilität und der erheblichen Emissionsreduzierung der Industrie wird Wasserstoff ein unerlässlicher Faktor sein. **So sehr die CSV auch mit der Förderung batterieelektrischer Fahrzeuge einverstanden ist, so deutlich sagen wir: Diese Technologie wird nur eine jener sein, mit denen wir eine emissionsfreie Zukunft gewinnen können.** Dies stimmt umso mehr, als nach wie vor keine überzeugenden Lösungen für die Probleme existieren, die sich einerseits aus

der Gewinnung von für Batterien notwendigen Metallen und andererseits aus der Entsorgung der Batterien ergeben.

**Technologieoffenheit ist die Grundlage zukünftigen Erfolges.** Verstocktes Bestehen auf Batterien als einzig erwünschtem Energiespeicher wird bei der Mobilität genau so wenig Erfolg haben, wie der Transport von Wind- und Solarstrom durch die europäischen Stromnetze. Diese Netze werden nie die nötigen Kapazitäten erreichen, um die für alle Arten von Verbrauch nötige Elektrizität zu transportieren, geschweige denn, sie zu speichern. Wasserstoff hingegen hat das Potenzial, die Kapazitätsdefizite unserer Stromnetze zu überbrücken und ist ein verlässlicher Energiespeicher. Gleichzeitig muss aber auch das Potenzial von Biomasse (Biogas, Biokraftstoffe der zweiten Generation) ausgebaut werden, um fossile Kraftstoffe dort zu ersetzen

**Für die luxemburgische Schifffahrtsflagge besteht ebenfalls eine Wasserstoffperspektive.** Luxemburg sollte diese Flagge konsequent auf wasserstoffbetriebene und ihn transportierende Schiffe ausrichten. Damit würden wir ein in der Vergangenheit oft kritisiertes Instrument für die Förderung einer klimafreundlichen Zukunftstechnologie einsetzen.

**Auch die Industrie ist dabei, sich für Wasserstoff als Energieträger zu öffnen.** Dies kann besonders schnell in der Eisen- und Stahlindustrie zum praktischen Einsatz führen, wo Luxemburger Unternehmen wieder einmal eine internationale Pionierrolle und technologische Führerschaft übernehmen können. Die sollte der Staat nach bester Möglichkeit fördern.

## **Der Preis von CO<sub>2</sub>**

Die Luftfahrt muss verstärkt in die Anstrengungen zur Emissionsreduzierung eingebunden werden. Dazu gehören Forschung und Entwicklung zu neuen emissionsarmen Flugzeugtreibstoffen. Dazu gehört auch, dass Kerosin ebenso besteuert werden muss, wie Benzin und Diesel auch. Es gibt keinen Grund, weshalb Flugzeugtreibstoff steuerfrei sein soll, während Autotreibstoff besteuert wird. Weiter muss klar sein, dass zukünftig Flugtickets nicht erheblich weniger kosten dürfen, als Bahn- oder Bustickets. Und es ist klar, dass besonders die Eisenbahn wesentlich attraktiver für Personen- und besonders Güterverkehr werden muss. Dies kann auf luxemburgischem Territorium nur begrenzt erreicht werden. Auf jenem der europäischen Union jedoch sehr wohl. **Auf EU-Ebene sollte deshalb eine CO<sub>2</sub>-Importsteuer erhoben werden, mit der Importe belastet werden, die unter wesentlich weniger strengen Emissionsauflagen entstanden sind, als die EU sie anwendet.** Das Aufkommen dieser Steuer soll als Eigenmittel dem europäischen Haushalt zugeführt und für den Ausbau der Bahnkapazitäten in Europa benutzt werden.

Der massive Ausstoß von CO<sub>2</sub> hat ohne Zweifel fatale Auswirkungen auf unser Klima, er muss deswegen auch einen Preis haben. Dieser wird auf fossilen Brennstoffen, besonders auf solchen auf denen heute weder in Luxemburg noch sonst in der EU Akzisen anfallen, erhoben werden müssen. Allerdings muss prioritär darauf geachtet werden, dass durch die zu treffenden Maßnahmen, keine neuen sozialen Ungerechtigkeiten entstehen. **So sollen zum Beispiel jene Menschen während der nötigen Übergangszeit finanziell unterstützt werden, die für ihr tägliches Leben auf den**

Gebrauch eines Fahrzeuges angewiesen sind und aus unterschiedlichen, zum Beispiel geographischen oder finanziellen Gründen nicht problemlos auf emissionsarme Transportalternativen umsatteln können.

Die graduelle Umstellung des Automobilbestandes auf emissionsfreie Fahrzeuge wird bereits mit öffentlichen Geldern unterstützt und muss das weiterhin werden, in verstärktem Maße – wobei Wasserstofffahrzeuge ebenfalls in den Genuss der Fördermittel kommen müssen. Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass die Autosteuer weiter differenziert werden muss, um besonders emissionsstarke Fahrzeuge stärker zu belasten. Emissionsfreie Fahrzeuge sind von der Autosteuer zu befreien. Der staatliche Fuhrpark von Verwaltungen und Ministerien sollte graduell auf emissionsfreie Fahrzeuge umgestellt werden **Zeitgleich sollte über die Schaffung eines Steuerkredits nachgedacht werden, der die auf besonders emissionsarmen Fahrzeugen anfallende Mehrwertsteuer weitgehend kompensiert.**

Emissionen finden nicht nur in Luxemburg oder in der Europäischen Union statt, sondern auch anderswo in der Welt. Die CSV will, dass zukünftige Handelsabkommen, die von der EU abgeschlossen werden, überflüssige und sinnlose CO<sub>2</sub>-Emissionen verhindern helfen. Es ist beispielsweise nicht ersichtlich, wieso **landwirtschaftliche Erzeugnisse** durch deren Herstellung und Transport unsere eigene Emissionsreduzierungslogik infrage gestellt wird, **und die auch hier produziert werden können, ohne Einschränkungen oder Zölle importiert werden.** Die Politik hierzulande fordert seit langen Jahren, dass wir auf den Konsum lokaler und regionaler sowie saisonaler Produkte setzen sollen. Es wird Zeit, diesen Anspruch mit Leben zu erfüllen. **Wir fordern, dass die EU bei allen Handelsabkommen konkrete und proportionale Handelssanktionen vorsieht, sollte einer unserer Handelspartner mit seiner Klimapolitik klar und wiederholt gegen das Pariser Klimaabkommen verstoßen.** Dies gilt besonders bei größeren Waldbränden wie sie regelmäßig in den Mittelmeerstaaten oder im Amazonasgebiet stattfinden, aber auch bei größeren Kohlebränden und Gasbohrlochbränden, bei denen große Mengen Treibhausgase freigesetzt werden.

## **Endlich erschwinglichen Wohnraum erschließen**

Die letzten Zahlen sind erschreckend: Die Preise am Wohnungsmarkt entwickeln sich mit zweistelligen jährlichen Steigerungsraten. Wohnen wird in Luxemburg zunehmend unerschwinglich – und schon lange nicht mehr nur für Geringverdiener. **Tausende von Luxemburger siedeln sich mittlerweile jenseits unserer Landesgrenzen an, wo Land- und Wohnungspreise niedriger sind. Luxemburg erlebt ein außerordentliches Phänomen: Grenzgänger, die in ihrem Heimatland nur noch arbeiten, jedoch nicht mehr leben können.**

Viele Regierungen haben im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte versucht, die Entwicklung des Wohnungsmarktes in den Griff zu bekommen und sind gescheitert. Die Herausforderung, erschwinglichen Wohnraum in Luxemburg zu schaffen, besser noch, eine Normalisierung der Preisentwicklung herbeizuführen, ist nicht neu. Sie wird jedoch quasi von Tag zu Tag dringlicher. Während jene, die es sich leisten können, in Erwartung außerordentlicher Renditen in Wohnraum investieren, **wird für einen großen Teil der Einwohner des Landes die Wohnungssuche zur Existenzfrage.** Liegt das Armutrisiko in

Luxemburg "wohnraumbereinigt" bei über 15 Prozent, so steigt es unter Einbeziehung der Wohnkosten auf fast 25 Prozent. Ein Skandal in einem der reichsten Länder der Erde.

Bis 2030 würden, bei konstanter Bevölkerungsentwicklung rund 85.000 neue Wohnungen gebraucht. Es müssten jedes Jahr fast 7.000 Wohnungen entstehen – das doppelte dessen, was in den vergangenen Jahren geschaffen wurde. Innerhalb der bestehenden Bauperimeter stehen theoretisch um die 2.800 Hektar Baufläche zur Verfügung – die aber nur zu einem kleinen Teil und zu überhöhten Preisen auf den Markt gelangen. **Der Wohnungsengpass wird innerhalb der bestehenden Perimeter in zu vielen Gemeinden größer. Dort an diesen festzuhalten, ist schlicht keine realistische Option.**

Die CSV hat im Parlament eine Vielzahl von Gesetzesvorschlägen eingebracht, um gegenüber dem aktuellen Wohnungsmarkt eine Entkrampfung zu bewirken. Steuerkredite, um den Verkauf von Wohnraum zu begünstigen; Steuerbefreiung bei Verkauf an öffentliche Träger sozialen Wohnungsbaus; Förderung des Mietkaufs – all dies sollte schleunigst umgesetzt werden. Bei größeren Projekten von über 25 Wohnungen sollte eine Mindestquote von Wohnungen zum Verkauf vorgesehen sein, die an Personen verkauft werden, welche ihre erste Wohnung beziehen möchten. **Die öffentliche Hand wird jedoch noch einschneidender wirken müssen, um die Wohnungsmarktkrise zu meistern. Denn: es sind nicht mehr nur Geringverdiener, die sich Wohnen nicht mehr leisten können.** Wir haben in Luxemburg einen Punkt erreicht, an dem Normalverdiener, Menschen, die einer gut bezahlten Arbeit nachgehen, sich eine Wohnung oder ein Haus nur noch unter erheblichem finanziellem Druck leisten können. Es ist für uns völlig inakzeptabel, dass die Lebensentscheidungen eines immer größeren Teils der Bevölkerung von den Notwendigkeiten der Wohnraumfinanzierung bestimmt werden.

**Für die CSV ist klar: Um für die nächste Generation ausreichend erschwinglichen Wohnraum zu schaffen, bedarf es einer konzertierten nationalen Anstrengung. Diese wird innerhalb der bestehenden Bauperimeter keinen Erfolg haben können.** Es ist nicht nur das Bauen, das in Luxemburg erheblich teurer ist als anderswo, sondern vor allem der Landpreis, der mittlerweile jeden vernünftigen Rahmen sprengt. **Daher muss der Spekulationsfaktor auf dem Baulandpreis nachhaltig eingedämmt werden.** Das kann nur gelingen, indem die öffentliche Hand – Gemeinden, Staat und öffentliche Bauträger – sich die Mittel gibt, Land in erheblichem Maße aufzukaufen. Unsere Gemeinden müssen hierbei in Zukunft eine wesentlich höhere finanzielle, logistische und personelle Hilfestellung staatlicherseits her bekommen. Dieses Land wird dann in die Bauperimeter integriert, wenn dort neben weiterem privat vermarktetem Wohnraum auch ausreichend Wohnraum auf langfristigem Pachtgrund entstehen kann. Der Landpreis wird bei den dort entstehenden Häusern und Wohnungen kein bestimmender Preisfaktor mehr sein. **Demnach wollen wir, dass die öffentliche Hand außerhalb der aktuellen Perimeter zukünftigen Wohnraum zu einem vernünftigen Preis erstet.** Die neuen Wohngebiete sollen dort erschlossen werden, wo landesplanerische Grundvoraussetzungen erfüllt sind, Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln einfach gewährleistet werden kann und urbanistisch sinnvolle Projekte umgesetzt werden können. Ein erheblicher Teil dieser Flächen wird danach grundsätzlich in öffentlichem Besitz verbleiben und auf 99 Jahre verpachtet. Der entstehende Wohnraum wird ohne Land verkauft, der Faktor Landpreis im Wohnungspreis ausgeblendet.

Auf den Parzellen, die so zusätzlich bebaut werden können, muss auch Mietwohnraum in ausreichendem Maße entstehen. **Die Schaffung eines regelrechten Mietwohnmarktes ist ein Gebot der Stunde Die Zahl der heute zur Verfügung stehenden Häuser und Wohnungen stellt keinen eigentlichen Markt dar und es existiert demnach auch keine ökonomisch sinnvolle Mietpreisbildung.** Das muss sich ändern. Überall, also auch in den aktuellen Perimetern, muss politisch die Bereitschaft von Wohnraumbesitzern begünstigt werden, diesen zu vermieten. Darüber hinaus soll ausreichend neu geschaffener Mietwohnraum einen Markt entstehen lassen, auf dem alle Mieterkategorien angesprochen werden können: Von sozialen Mietwohnungen über solche, die mit moderaten Mietpreisen für den Mietkauf zur Verfügung gestellt werden, bis zu Objekten, bei denen Angebot und Nachfrage die Miete frei bestimmen. Das Bauland im Kleinstaat Luxemburg ist eine beschränkte Ressource, die es auch noch für die folgenden Generationen zu erhalten gilt. Neben dem ungenügenden Angebot werden die stark steigenden Wohnungs- und Baulandpreise zusätzlich durch ausländische Investoren unter Druck gesetzt, die gezielt auf steigende Preise spekulieren. Die CSV fordert deswegen, dass der Kauf von Wohnungen für ausländische Investoren und Spekulanten außerhalb der EU, die weder in Luxemburg wohnen wollen, noch in Luxemburg eine Betrieb eröffnen wollen, eingeschränkt wird nach dem Schweizer Modell der "Lex Koller". Des Weiteren sollen alternative Wohnformen unterstützt werden und ein gesetzlicher Rahmen für Wohngemeinschaften geschaffen werden. Vor allem Wohngemeinschaften könnten sich zu einer immer beliebteren Wohnform entwickeln, beispielsweise Studenten und Senioren.

Innerhalb der aktuellen und zukünftigen Bauperimeter muss schließlich verhindert werden, dass Wohnraum aus rein spekulativen Gründen ungenutzt bleibt. Demnach plädiert die CSV für die **Einführung einer nationalen Spekulationsabgabe, die einheitlich auf dem gesamten Territorium Anwendung finden muss.** Die einfache Regel muss lauten: Das Zurückhalten von Bauland und Wohnraum kostet den Eigentümer Geld – außer, es handelt sich um Objekte, die für Erben in direkter Linie bestimmt sind und ausschließlich deren zukünftigen Eigenbedarf abdecken sollen. Ebenso von der Abgabe ausgenommen werden landwirtschaftliche Flächen und solche, die für wirtschaftliche Zwecke gebraucht werden. Die Abgabe muss progressiv gestaltet werden, ihr Aufkommen wird von der öffentlichen Hand für den Erwerb zusätzlichen Baulandes eingesetzt. Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, dem Ministerium für Wohnungsbau, dem Innenministerium und dem Umweltministerium muss optimiert und deutlich verbessert werden, um die Dauer der Prozedur von Bauprojekten zu beschleunigen. Hier könnte eine neue Koordinierungsstelle gegründet oder dem Ministerium für Wohnungsbau mehr Befugnisse erteilt werden. Mit dieser Maßnahme würde man auch im Wohnungsbau dem Ziel der administrativen Vereinfachung näher kommen.

Die Entwicklung am Wohnungsmarkt wird für die CSV noch lange ein prioritäres Anliegen bleiben. Unsere Bürgermeister und Gemeindeverantwortlichen werden sich Anfang 2020 mit weiteren konkreten Vorschlägen zu Wort melden, um unseren gemeinsamen Willen zum Ausdruck zu bringen, endlich Lösungen zu finden, die den Menschen nutzen. Partei und Parlamentsfraktion werden darüber hinaus bei Bürgerversammlungen für unsere Vorschläge werben.

*D'Resolutioun ass vun de CSV-Nationaldelegéierte mat enger Enthaltung a kenger Géigestëmm ugeholl ginn.*